

EINWEGPFAND**Registrierung für Rücknehmer naht**

WIEN. Ab 1. Jänner 2025 müssen Supermärkte, aber auch kleine Verkaufsstellen, die Getränke in Dosen oder Einweg-Kunststoffflaschen verkaufen, wieder zurücknehmen. Alle Rücknehmer müssen sich davor über das Recycling Pfand Österreich-Portal im Einwegpfandsystem unter www.recyclingpfand.at registrieren – möglich ist das ab Juli 2024.

„Wir empfehlen jedem Rücknehmer, sich schon jetzt zu informieren, ob eine bzw. welche Sonder- oder Ausnahmeregelung für die jeweilige Verkaufsstelle zutrifft“, erklärt Monika Fiala, Co-Geschäftsführerin von Recycling Pfand Österreich (Bild, mit Co-GF Simon Parth).

Wahlfreiheit für Betreiber

Die Entscheidung, wie die Rücknahme organisiert wird, ist von verschiedenen Rahmenbedingungen und den rückgenommenen Mengen abhängig und muss sich jeder Shopbetreiber selbst überlegen. „Aus anderen Ländern wissen wir, dass ein Großteil der Gebinde von den Konsumenten über das dichte Automatennetz zurückgegeben werden wird. Gastronomiebetriebe werden die Rücknahme vorrangig manuell abwickeln, da es sich dort meist um sehr kleine Rückgabemengen handelt“, so Fiala. (red)



© Martina Berger

„Lohnnebenkosten gehören gesenkt“

HV und WKÖ beklagen abnehmende Wettbewerbsfähigkeit und wollen eine Reform der Finanzierung des Sozialstaats.

**Pochen auf Steuerfairness**

HV-Geschäftsführer Rainer Will fordert „eine faire Verteilung der Lohnnebenkostenfremden Abgaben, die derzeit über die Lohnnebenkosten laufen“.

WIEN. „Der Sozialstaat bildet das Fundament unseres Gemeinwesens, er garantiert uns soziale Sicherheit und Frieden. Doch derzeit werden viele Leistungen, die der Allgemeinheit zugutekommen, einseitig durch Beiträge von Beschäftigten aus der Privatwirtschaft finanziert“, kritisiert Handelsverband-Geschäftsführer Rainer Will – und sorgt sich um „unseren künftigen Wohlstand“.

Da sich die Wettbewerbsfähigkeit der Privatwirtschaft „im internationalen Vergleich laufend verschlechtert“, bedürfe es einer „Reform der Finanzierung des Sozialstaats“, die auf eine Entlastung der Lohnkosten abzielt.

Drei Abgaben im Visier

Konkret im Blick hat der HV die Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), die Kommunalsteuer und den Beitrag zur Wohnbauförderung, wo jeweils Beschäftigte

„

Derzeit werden viele Leistungen, die der Allgemeinheit zugutekommen, einseitig durch Beiträge von Beschäftigten aus der Privatwirtschaft finanziert.

“

aus der Privatwirtschaft „einseitig Leistungen finanzieren, die der Allgemeinheit zugutekommen“, meint Will, der im Sinne der „Steuerfairness“ vorschlägt, diese Leistungen aus dem allgemeinen Budget zu finanzieren.

„Dass die Finanzierung auf mehrere Schultern verteilt und nicht nur den in der Privatwirtschaft tätigen Arbeitnehmern überlassen wird, daran sollten doch auch Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter großes Interesse haben“, so der Handelssprecher weiter Richtung Arbeiterkammer.

WKÖ sieht Win-win-Situation

„Studien bestätigen, dass der gesamte Standort und damit auch die Beschäftigten profitieren“, heißt es in Bezug auf eine potenzielle Senkung der Lohnnebenkosten auch seitens WKÖ-Generalsekretär Karlheinz Kopf. So habe das Forschungsinstitut EcoAustria kürzlich vorgerechnet, dass eine Senkung im Ausmaß von 7,5 Mrd. € „nicht nur bestehende Jobs sichert, sondern mittelfristig auch rund 40.000 neue Arbeitsplätze schafft“. Sozialleistungen würden dadurch nicht gefährdet. (red)